

# Kampf der anti-kurdischen Hetze!

Mitte Juli traten mehrere Tausend Kurden in den türkischen Gefängnissen in einen Hungerstreik. Als daraufhin in der BRD ein Solidaritäts-Hungerstreik organisiert wurde, reagierte der deutsche Staatsapparat mit massiver Härte gegen die beteiligten ImmigrantInnen. Hunderte KurdInnen, die sich mit hungerstreikenden PKKlern in der Türkei solidarisierten, waren zuviel für Kanther & Co. Die Wut der Herrschenden, daß ihr Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen bei den Betroffenen nur wenig Wirkung zeigt, äußert sich in zunehmender Kriminalisierung, Abschiebungen und, wie zuletzt, in brutaler Polizeigewalt.

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik wurden zahlreiche KurdInnen verletzt und/oder verhaftet. Frankfurt/M. und Berlin waren wohl die Höhepunkte der Polizeiprovokationen und -übergriffe. In Berlin forderte der Hungerstreik ein Todesopfer: Im Anschluß an die Auflösung der Solidaritätsaktion auf dem Breitscheidplatz durch die Polizei und eines kilometerlangen Fußmarsches nach Kreuzberg starb die Kurdin Gülnaz Baghistani. Zynischerweise versuchen die bundesdeutschen Staatsorgane nun, den Hungerstreikenden die Verantwortung für diesen Tod wegen "unterlassener Hilfeleistung" in die Schuhe zu schieben.

Die Angriffe des deutschen Staates auf die KurdInnen müssen entschieden zurückgewiesen werden! Das Verbot der PKK und aller anderen kurdischen Organisationen ist ein Angriff auf das demokratische Recht der politischen Betätigung und Meinungsäußerung. Die Hysterie, mit der der Staatsapparat selbst auf die kleinste PKK-Fahne reagiert (der Trauermarsch für Gülnaz Baghistani in Berlin bildete da eine der wenigen Ausnahmen), soll eines klarmachen: Solidarität mit dem kurdischen Widerstand wird - ganz im Sinne der türkischen Regierung - nicht geduldet. Darüberhinaus soll ein Exempel statuiert werden, (linke) ImmigrantInnen haben in diesem Land gefälligst den Mund zu halten!

Wir TrotzkiistInnen verteidigen die PKK gegen die bürgerliche Repression, ohne ihre politischen Positionen und Methoden zu unterstützen.

Bei nur einem Fünftel der in den letzten 18 Monaten verübten Anschläge auf türkische Einrichtungen hat das Bundeskriminalamt "Verdachtsmomente" (!), daß die PKK dafür verantwortlich sein könnte. Die von Bonn initiierte Anti-"PKK-Terror"-Kampagne ist also eindeutig politisch motiviert und hat mehr mit den deutsch-türkischen Interessen zu tun, als mit dem Schutz der türkischen Opfer. Dennoch zitiert selbst der *Kurdistan-Rundbrief* unter offensichtlich positiver Bezugnahme die *Frankfurter Rundschau*, die schrieb:

"Öcalan deutete nach Angaben des Senders (des WDR, Anm. v. uns) die Bereitschaft der PKK an, auf alle Anschläge in der Bundesrepublik zu verzichten"  
(*Kurdistan-Rundbrief* 18, Jg. 8, 07.09.95, zit. n. /cl/nah-ost/kurdistan/kr9518.ppp).

Wir verurteilen jegliche Anwendung wahllosen Terrors, wie das "In-Die-Luft-Jagen" türkischer Reisebüros. Wer auch immer diese Anschläge durchgeführt oder gutgeheißen hat, ist ein Gegner des internationalen Proletariats. Ganz abgesehen davon, daß türkische Kleinunternehmer nicht der Feind der KurdInnen sind: Solche Aktionen verhindern den notwendigen gemeinsamen kurdisch-türkischen Klassenkampf gegen die türkische Regierung. Sie tragen dazu bei, daß der Nationalismus auf beiden Seiten geschürt wird.

Die in der "Kopenhagener Erklärung" der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) vom 1. August 1995 und

in einem Flugblatt der ERNK-Auslandsvertretung (21. Juli 1995) eingeläutete "neue Dialogbereitschaft" der PKK bietet keinen Ausweg aus der Unterdrückung des kurdischen Volkes. Die Forderung

"Deutschland muß Druck auf die Türkei zur Erreichung einer politischen Lösung ausüben!" sowie die "konkreten Aufrufe" "an die deutschen Behörden" - u. a. "Unterstützt die demokratische Lösung der kurdischen Frage. Benutzt Eure guten Beziehungen zur Türkei in diesem Sinne"

machen deutlich, daß die kleinbürgerlich-nationalistische Führung der PKK versucht, nach einer Reihe von Niederlagen, nun "Beschwichtigungs-Kontakte" zu den Imperialisten zu entwickeln. Diese Politik beinhaltet auch das Verschachern der nationalen Interessen des kurdischen Volkes. Anstatt sich in der BRD an die deutschen, türkischen und kurdischen Arbeiterinnen und Arbeiter zu richten, um gemeinsam Waffenlieferungen an die türkische Regierung zu verhindern und das Verbot der kurdischen Organisationen zurückzuschlagen, soll ausgerechnet Druck auf die deutschen Behörden ausgeübt werden, die bislang noch jede türkische Regierung - auch im Kampf gegen die KurdInnen - unterstützt haben.

Für eine wirklich demokratische Lösung der kurdischen Frage bedarf es proletarischer Revolutionen in dieser Region, die die jeweiligen Herrscher stürzen und in eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens münden.

*Türkische Truppen raus aus Kurdistan!  
Für das Selbstbestimmungsrecht der Kurdischen Nation!  
Weg mit dem Verbot der PKK und aller anderen kurdischen Organisationen!  
Keine Abschiebungen von KurdInnen!*



*Der Polizeiterror gegen ImmigrantInnen muß gestoppt werden!*